



Dafür stehen wir ein

Der Basler Appell gegen Gentechnologie wurde 1988 in Basel anlässlich eines genterch-kritischen Kongresses gegründet. Er hat über 1'200 Mitglieder in der ganzen Schweiz und nochmals so viele SympathisantInnen. Wir setzen uns insbesondere ein für folgende Forderungen:

- keine Patente auf Leben
- keine Freisetzung von gentechnisch manipulierten Lebewesen
- keine genmanipulierten Lebensmittel
- keine gentechnischen Eingriffe beim Tier
- demokratische Kontrolle der Forschung in Gen- und Reproduktionstechnologie
- Mitbestimmung der Bevölkerung bei gentechnischen Grossprojekten
- keine gentechnische Auswahl und Genmanipulationen beim Menschen.

Der Basler Appell finanziert sich ausschliesslich durch Mitgliederbeiträge und Spenden – herzlichen Dank!

AZB
4013 Basel

Adressänderungen der Post kosten uns 2 Franken – bitte bei Umzug neue Adresse melden.



Cartoon: Gerhard Mester

Neues aus dem Zwergreich

Das Zentrum für Technikfolgen-Abschätzung TA-Swiss hat eine Studie zu den Auswirkungen von Nanomaterialien auf Umwelt und Gesundheit herausgegeben. Neben den teils vielversprechenden Anwendungen, beispielsweise im Bereich der Bauwirtschaft und des Fahrzeugbaus, betont das differenzierte Fazit der Studie aber auch, dass den Auswirkungen von Nanomaterialien auf Umwelt und Gesund-

heit Rechnung getragen werden muss. Es gebe beträchtliche Wissenslücken zur Risikobewertung. Problematisch werde es insbesondere dann, wenn Nanopartikel unkontrolliert in die Umwelt gelangen. Auch rund um die Entsorgung gebe es ungeklärte Fragen. Die Studie empfiehlt ein Produktregister und eine Kennzeichnungspflicht für Nanomaterialien. Weitere Informationen unter www.ta-swiss.ch.

Für unsere Arbeit brauchen wir noch mehr Unterstützung – werden Sie Mitglied! Wir bedanken uns mit einem Geschenk.

Ja, ich werde Mitglied.

Frau Herr

Vorname Name

Strasse

PLZ, Ort

Kategorie/Jahresbeitrag

- Fr. 100.– normal Verdienende
 Fr. 35.– Studierende, Lehrlinge, AHV und andere wenig Verdienende

Ich abonniere den «Presspiegel Gentechnologie» zum Preis von Fr. 35.– (Nichtmitglieder Fr. 60.–)

Bitte einsenden an:

Basler Appell gegen Gentechnologie, Murbacherstrasse 34, Postfach 27, 4013 Basel

Ich wähle folgendes Geschenk, das ich nach Einzahlung des Mitgliederbeitrags erhalte (bitte ankreuzen):

- Khao Sarn Reisvielfalt**
Fünf köstliche Reisaritäten mit besonderem Geschmack
- 1 kg Bio Bravo Espresso**
100% Arabica aus Zentral- und Südamerika, gemahlen
- Geschenkset Granatapfel**
Weleda Granatapfel-Pflegelinie
- Florianne Koechlin/ Denise Battaglia: Mozart und die List der Hirse**
Natur neu denken. Lenos Verlag, 2012.

Biobanken auf dem Vormarsch

Am Unispital Lausanne soll eine Biobank aufgebaut werden, die Rekrutierung läuft bereits auf Hochtouren. Zudem will ein Verein eine internationale Bank für Gesundheitsdaten erstellen. Der Basler Appell gegen Gentechnologie setzt grosse Fragezeichen und ruft dazu auf, die eigenen Daten nicht zur Verfügung zu stellen.



Der Datenhunger kennt keine Grenzen – Fragen rund um den Datenschutz sind allerdings noch immer ungeklärt.

Bild: fotolia.com

Um Ursachen und Entwicklung von Krankheiten verstehen zu können, steht zur Zeit die Anhäufung genetischer Datenberge hoch im Kurs. Am Unispital Lausanne etwa will man eine nationale Biobank aufbauen, die Blut- und Gewebeprobe von PatientInnen aufbewahrt. Die Proben sollen erstmals in der Schweiz systematisch gesammelt und genetisch analysiert werden. Um die Biobank möglichst rasch zu füllen, werden sämtliche im Spital stationär behandelten PatientInnen um die Abgabe ihrer Proben angefragt.

Blankoscheck für Datennutzung Wie einer «Kontext»-Sendung von Schweizer Radio SRF zu entnehmen ist, lehnt nur jedeR 40. PatientIn ab. Alle anderen geben eine Generaleinwilligung, die es den Betreibern der Biobank erlaubt, mit den Proben und den daraus gewonnenen Daten nach eigenem Gutdünken zu verfahren. Jede Probe soll mindestens eine vollständige Genomanalyse liefern, die dann auf unbestimmte Zeit in der Biobank verwahrt wird.

Krebsbekämpfung als Versprechen Vincent Mooser, der Leiter der Biobank, will insgesamt 20000 Menschen finden, die mitmachen. Über 3000 Zusagen und damit auch Proben hat er bereits unter Dach und Fach. Geht es nach Mooser, sollen sich auch die anderen Unispitäler der Schweiz anschliessen. So würde eine nationale Datenbank aufgebaut, die allen Forschenden zur Verfügung stünde, um vor allem bei der Bekämpfung von Krebs endlich einen Schritt weiterzukommen.



Standpunkt

In Schweizer Spitälern lagern Abertausende Proben mit biologischen Materialien. Die Blut- oder Gewebeprobe wurden PatientInnen bei Untersuchungen entnommen. Bisher gibt es keine ausreichende gesetzliche Regelung, wie mit den Proben und den daraus abgeleiteten Daten zu verfahren ist. Nun will man aus Kreisen der Forschung und der Pharma noch einen Schritt weiter gehen und den Aufbau einer umfangreichen Biobank systematisch vorantreiben. Gesundheitsdaten und vor allem sensible genetische Daten sollen grossflächig gesammelt werden.

Betrachtet man die Hintergründe der Datensammelwut, so wird schnell klar, dass das Profitdenken im Vordergrund steht: Pharmamultis versprechen sich im Rahmen der so genannten personalisierten Medizin grosse Gewinne durch massgeschneiderte Medikamente. Für diese Entwicklung braucht es eine riesige Menge an genetischen Daten, auf welche die Pharmaindustrie dann uneingeschränkten Zugriff hat.

Wir vom Basler Appell gegen Gentechnologie fordern die Politik auf, umgehend eine adäquate gesetzliche Regelung für Biobanken zu schaffen. Durch die unkontrollierte Sammlerei von Gesundheitsdaten werden Fakten geschaffen, denen die Gesetzgebung einmal mehr hinterherhinkt. Und schliesslich tut Not, die Öffentlichkeit umfassend darüber aufzuklären, welche Konsequenzen die Freigabe sensibler Gesundheitsdaten hat.

Gabriele Pichhofer, Soziologin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin Basler Appell gegen Gentechnologie

Fortsetzung Seite 2 >

PID-Debatte ist lanciert

Anfang Juni überwies der Bundesrat die Vorlage zur Änderung des Fortpflanzungsmedizinergesetzes (FmedG) ans Parlament. Damit soll die ethisch umstrittene Präimplantationsdiagnostik (PID) nun auch in der Schweiz erlaubt werden. Erblieh vorbelastete Paare, die sich für eine In vitro-Befruchtung entscheiden, sollen die so erzeugten Embryonen künftig auf die entsprechende Erbkrankheit untersuchen lassen dürfen. Nur jene Embryonen, die nicht Träger der Krankheit sind, werden anschliessend für das Fortpflanzungsverfahren verwendet.

Laut Entwurf dürfen die Paare, die keine erbliche Belastung vorweisen können, von der PID keinen Gebrauch machen. Auch dürfen Embryonen nach wie vor nicht auf spontan auftretende Krankheiten wie Trisomie 21 hin untersucht werden. Für das PID-Verfahren sollen neu nicht mehr nur drei, sondern acht Embryonen künstlich erzeugt werden dürfen. Auch sollen die einmal gezeugten Embryonen für eine spätere Übertragung aufbewahrt, also kryokonserviert werden dürfen.

Der Basler Appell gegen Gentechnologie, der sich seit Jahren gegen die Einführung der PID in der Schweiz wehrt, wird auch diese Parlamentsdebatte kritisch begleiten. Denn eine weitere Aufweichung der restriktiven Vorlage ist programmiert. Zu befürchten ist etwa, dass die Definition der Erbkrankheiten, die untersucht werden dürfen, schrittweise erweitert wird.



Ob krank oder gesund: Alle sollen den Datenhype der Forschung unterstützen.

Bild: fotolia.com

Verein für Gesundheitsdaten Damit gibt sich Ernst Hafen, Entwicklungsbiologe und früherer ETH-Präsident, allerdings nicht zufrieden. Hafen wirbt schon länger für den Einsatz der Gendiagnostik ohne medizinischen Hintergrund und weibelt für die Zulassung solcher Tests auch in der Schweiz. Hafen ist auch die treibende Kraft des Vereins «Daten und Gesundheit». Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, bis Ende 2013 eine internationale Biobank ins Leben zu rufen, die so genannte «HealthBank», die als Bank für Gesundheitsdaten mit der Verwaltung und Aufbewahrung derselben betraut wird.

Pharmamultis profitieren Die HealthBank soll genossenschaftlich organisiert sein, so dass jede Person, die Daten zur Verfügung stellt, auch Mitbesitzerin wird und Gewinn abschöpfen kann. Ausserdem sollen die Mitglieder von überall her auf die eigenen Daten zugreifen können. Gleichzeitig sollen die gespeicherten Daten natürlich auch für die Forschung – und damit für die grossen Pharmaunternehmen – zugänglich sein. Nur so kann das Unternehmen Gewinn abwerfen.

Datensicherheit ungewiss Über die Sicherheit der persönlichen Daten kann nur spekuliert werden. Und wie gehen die Verantwortlichen vor, wenn sie bei bestimmten Personen so genannte Krankheitsgene finden? Werden die betroffenen PatientInnen eingeweiht? In Lausanne informiert man in einem solchen Fall offenbar nur, falls eine Behandlung der Krankheit möglich ist. Und eine Information ist wiederum nur möglich, wenn die Daten nicht vollständig anonymisiert vorliegen.

Gesetze greifen nicht Für Experten ist klar: Die allgemeinen Datenschutzgesetze der Schweiz reichen nicht aus, um den Umgang mit Biobanken und den entsprechenden genetischen Daten zu regeln. Auch das Gesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen sowie das Humanforschungsgesetz sind untauglich, um den Datenhunger der Forschung in ihre Schranken zu weisen. Der Basler Appell gegen Gentechnologie fordert deshalb seit langem ein eigenes Gesetz für Biobanken. Die Politik ist dringend gefordert, den Umgang mit sensiblen Gesundheitsdaten zu regulieren. Der Basler Appell gegen Gentechnologie jedenfalls ruft dazu auf, sich nicht an solchen Datenbanken zu beteiligen und Probenentnahmen zu verweigern.

Gentech-Mais: EU finanziert Langzeitfütterungsstudie

Ratten, die mit dem Gentechmais NK603 gefüttert werden, sterben früher als solche, die konventionellen Mais erhalten. Zu diesem Schluss kam eine Studie, welche die Forschergruppe um Gilles-Eric Séralini, Professor für Molekularbiologie an der Universität in Caen (F), letztes Jahr



Eine neue EU-Studie soll zeigen, ob Gentech-Mais bei Ratten die Krebsbildung fördert.

Bild: fotolia.com

publiziert hatte (wir berichteten im «AHA» 6/2012). Die weiblichen Versuchstiere hatten häufiger Tumore im Milchdrüsen-gewebe entwickelt als die Tiere der Kontrollgruppe; die männlichen Tiere litten vor allem an Leber- oder Nierentumoren.

Séralini war, wie nicht anders zu erwarten, von Seiten der Agrarlobby stark angegriffen und diffamiert worden. Nun will die EU-Kommission in einer vergleichbaren Studie klären, ob der genmanipulierte Mais NK603 bei Ratten tatsächlich Krebs verursachen kann. Dazu schrieb die Kommission kürzlich ein entsprechendes Forschungsprojekt in der Höhe von drei Millionen Euro aus. Damit wird deutlich, dass die EU-Kommission die Resultate der Forscher um Séralini für wichtig hält. Finanziert wird der Versuch im Rahmen des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms.

Rettung für BAYER-Rebellen?

Der Chemie-Multi BAYER feierte Mitte Juli in Köln sein 150-jähriges Bestehen. BAYER war als Teil der «IG Farben» an den grässlichsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte beteiligt: Die Firma lieferte Zyklon B für Gaskammern, beteiligte sich an grausamen Menschenversuchen und liess sich in Auschwitz von Sklavenarbeitern eine riesige Fabrik bauen. Noch heute produziert der Pestizid-Weltmarktführer hochgefährliche Chemikalien und ist mitverantwortlich für einen Teil der von der WHO weltweit auf jährlich 20 Millionen geschätzten Pestizidvergiftungen.

Die kleine, aber schlagkräftige Organisation «Coordination gegen BAYER-Gefahren» (CBG) mit Sitz in Düsseldorf überwacht die riskanten Geschäfte von BAYER seit über 30 Jahren und alarmiert unermüdlich Öffentlichkeit und Behörden. Die Bürgerinitiative, die 1979 nach einer Unfallserie im Bayer-Werk Dormagen entstand, kämpft gemeinsam mit Betroffenen in mehr als 40 Ländern für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze. Die CBG ist ausserdem mit den Aktien-Stimmrechten vieler BAYER-Kleinaktio-



Der Widerstand gegen die rücksichtslose Konzernpolitik ist Teil der Geschichte von BAYER.

Bild: Coordination gegen BAYER-Gefahren

närInnen ausgestattet – und konfrontiert so alljährlich Konzernverantwortliche und GrossaktionärInnen mit den Missständen in den BAYER-Werken.

Im Unterschied zu anderen deutschen Umweltschutzverbänden wird der Coordination gegen BAYER-Gefahren die Gemeinnützigkeit verwehrt. Mehr als andere ist die CBG, die weitgehend ehrenamtlich arbeitet, auf Spenden angewiesen – und kämpft derzeit verzweifelt um ihre Existenz. Um Spenden, Förderbeiträge und Mitgliedschaften wird deshalb dringend gebeten. Weitere Informationen finden Sie unter www.cbgnetwork.org.

25 Jahre: Wo stehen wir heute? Thema 4: Agrogentechnik

1996 wurden in den USA erstmals grossflächig transgene Nutzpflanzen angebaut. Laut der Agro-Biotechnologie-Agentur ISAAA stiegen die Anbauflächen seither angeblich auf 170 Millionen Hektaren weltweit. Die führenden Länder sind dabei noch immer die USA (70 Mio), Brasilien (37 Mio), Argentinien (24 Mio), Kanada (12 Mio) und Indien (11 Mio Hektaren). Auch bezüglich der kultivierten GV-Sorten hat sich nichts verändert. Die landwirtschaftliche Nutzung von GV-Sorten beschränkt sich weiter auf die vier Kulturarten Soja, Mais, Baumwolle und Raps. Mit der Herbizid-Resistenz und/oder der Produktion von Bt-Toxin weisen die manipulierten Pflanzen noch immer die gleichen Eigenschaften auf wie bei der Markteinführung. Innovationen sind hingegen keine zu verzeichnen.

Die Anbauflächen steigen, doch die Nachteile der Technologie auf dem Acker zeigen sich je länger je deutlicher. Durch Resistenzbildungen bei Unkräutern und Schädlingen steigt der Pestizideinsatz weltweit massiv an. Durch Auskreuzungen ist der Bio-Anbau in vielen Regionen stark bedroht oder unmöglich geworden. Der Ertrag von GV-Pflanzen liegt weiterhin nicht über dem der konventionellen Sorten. Die versprochenen höheren Gewinne für die Landwirte bleiben aus, Lizenzgebühren und vermehrter Pestizideinsatz sind teuer. Erst langsam wird man hellhörig, was die gesundheitlichen Auswirkungen des Konsums gentechnisch veränderter Pflanzen angeht (s. Artikel nebenan).

Die von den KritikerInnen vorhergesagten Nachteile der Gentechnik in der Landwirtschaft sind eingetroffen. Der Basler Appell gegen Gentechnologie wird deshalb auch weiterhin dafür kämpfen, dass der Gentech-Anbau in der Schweiz verboten bleibt.